Faire Finanzierung der Höheren Berufsbildung

Die SP setzt sich mit grossem Engagement für mehr Gerechtigkeit und die Stärkung der Höheren Berufsbildung ein. Eine Ausbildung auf dieser Stufe ist aufwändig und dauert meist drei Jahre und länger. Die Kosten können gut und gerne über 30'000 Franken betragen. Der Bund unterstützt neu diese Ausbildungen und übernimmt die Hälfte der Ausbildungskosten. Dazu hat er allerdings ein völlig untaugliches Auszahlungsmodell vorgeschlagen. Junge Berufsleute hätten erst mit der Schlussprüfung Anrecht auf die ihnen zustehenden Bundesgelder gehabt. Bei Abbruch der Ausbildung, beispielsweise aus familiären Gründen, hätten sie ihren Anspruch auf die Gelder gar verwirkt. Das war für die SP nicht akzeptabel. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass die Teilnehmenden der höheren Berufsbildung den Studierenden der Hochschulen und Fachhochschulen möglichst gleichgestellt werden. In der ersten Woche der Herbstsession waren wir mit unseren Forderungen erfolgreich. Junge Berufsleute können dank unserem Engagement nun ihre Unterstützungsgelder jederzeit geltend machen und anteilsmässig Teilbeiträge des Bundes einfordern. Dieser Auszahlungsmodus macht die Höhere Berufsbildung attraktiver und senkt die Hemmschwelle, diese Ausbildungen anzupacken.

Die SP-Fraktion hat sich ausserdem dafür eingesetzt, dass die Bundesgelder in der umfassenden BFI-Botschaft (Botschaft für Forschung und Innovation) für die Vierjahresperiode 2017-2020 gegenüber dem Bundesratsvorschlag und dem Vorschlag der Sparpolitiker um 100 Millionen Franken erhöht wurde. Das ist genau der Betrag, der für die neuen Aufgaben bei der Finanzierung der Höheren Berufsbildung nötig wird. Ohne diese Erhöhung wäre der beruflichen Grundbildung in den Kantonen das Geld entzogen worden. Die SP setzt sich nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten für unser duales Bildungssystem ein. Mit diesem Entscheid im Parlament haben wir einen wichtigen Schritt erreicht zur Gleichbehandlung der unterschiedlichen Ausbildungsmodelle und für eine gerechtere Finanzierung der Höheren Berufsbildung.

18.9.2016, Martina Munz